Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 84 (2009)
Heft: 9

Artikel: 1947 : Moskau ante portas?
Autor: Minder, Martin
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-717515

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

1947: Moskau ante portas?

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren sich die Siegermächte uneinig, wie die Zukunft der Welt auszusehen habe. Die USA vertraten ein demokratisch-kapitalistisches System, während die Sowjetunion ein kommunistisch-antikapitalistisches System wollte.

OBLT MARTIN MINDER, STADEL

Im Jahre 1947 formulierte Präsident Truman gegenüber der sowjetischen Machtpolitik die Massnahme der «Eindämmung». Durch den kommunistischen Staatsstreich in der Tschechoslowakei im Februar 1948 und wegen der Berlin-Blockade im selben Jahr wurde das gegenseitige Verständnis und Vertrauen immer geringer.

Die Welt war bipolar geworden, der Kalte Krieg hatte begonnen. Das hatte auch Folgen für die Schweiz. Obwohl der Bund sich neutral zu verhalten hatte, bekundeten viele Bürger Sympathien für die Westmächte, eine Gesinnungsneutralität bestand nicht. Eine Form der Eindämmung und des Schutzes der Schweiz vor der «kommunistischen Gefahr» war die Geistige Landesverteidigung (GLV). Diese politisch-kulturelle Bewegung hatte die Stärkung von den als schweizerisch deklarierten Werten und die Abwehr von totalitären Regimes – insbesondere natürlich des Kommunismus – zum Ziel.

Als 1956 die Unabhängigkeitsbewegung in Ungarn durch Panzer des Warschauer Paktes auf Befehl Moskaus niedergeschlagen wurde, rief das in der Schweiz starke Reaktionen hervor. Viele Leute waren überzeugt, dass ein Angriff der Sowjetunion auf Westeuropa möglich sei oder sogar kurz bevorstünde.

Der Schweizerische Unteroffiziersverband organisierte Panzernahbekämpfungskurse, die von Tausenden Freiwilligen besucht wurden. Eine Berner Studentengruppe verteilte sogar 15 000 Initialzünder für Molotow-Cocktails. Auch die Generalstabsabteilung ergriff im Geheimen eine ganze Reihe von Massnahmen: Hunderttausende Benzinkanister wurden aufgefüllt, der Mobilmachungs-Bereitschaftsgrad erhöht, die Festungswerke vollständig aufmunitioniert, einzelne Einheiten der Zerstörungsformation und Teile des Armeestabes aufgeboten, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

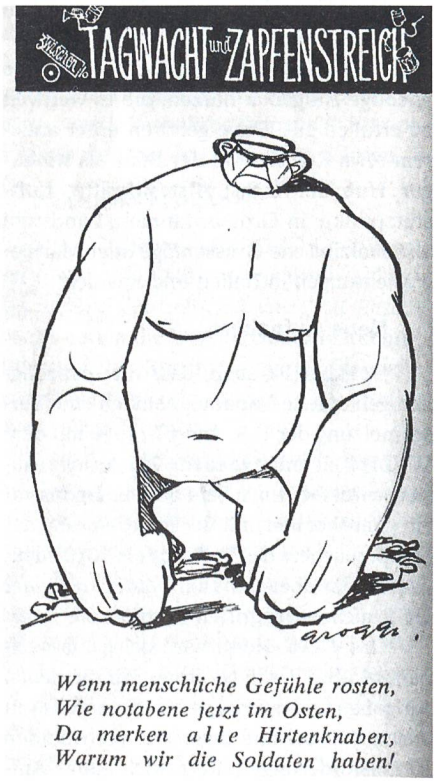
Die Ungarn-Krise fand ein starkes Echo im SCHWEIZER SOLDAT. So wurde das Thema «Panzerabwehr» intensiv behandelt. In vielen Ausgaben wurde über das Ereignis in Ungarn berichtet und für die Geistige Landesverteidigung (GLV) genutzt. Vor allem in der Rubrik «Der bewaffnete Friede – Militärische Weltchronik» kam die GLV fast immer vor; sei es mit Artikeln über die Streitkräfte der Sowjetunion oder über Ereignisse in den Staaten des Warschauer Paktes.

Die Ungarnkrise wirkte noch Jahre später nach und wurde vom SCHWEIZER SOLDAT immer wieder verwendet, beispielsweise um zu «beweisen», wie grausam und unzivilisiert das Sowjetregime sei.

Schwere Urnengänge

Im selben Zeitabschnitt fanden in der Schweiz mehrere Abstimmungen statt, die im SCHWEIZER SOLDAT behandelt wurden – vor allem dann, wenn es direkt oder indirekt um die Landesverteidigung ging. Der SCHWEIZER SOLDAT bekämpfte die Unterschriftensammlung der Chevallier-Initiative, welche praktisch eine Halbierung der Militärausgaben wollte. Die Wortwahl in den Artikeln gegen die Initiative war, zumindest für das heutige Verständnis, ungemein hart. Sie spiegelte die Wahrnehmung der Sowjetunion und ihrer Verbündeten als starke Bedrohung wieder.

Chevallier wurde als Landesverräter betitelt und der SCHWEIZER SOLDAT warf ihm vor, er stehe im Dienste der Fünften Kolonne. Die Initiative sei ein geschickt geplanter Anschlag auf das Schweizer Wehrwesen. Die Schweizer müssten, so wurden die Leser immer wieder aufgefordert, die möglichen Gefahren im Landesinnern aufmerksam verfolgen. Mitte November 1956 war die Initiative Chevalliers zu-



Da merken alle Hirtenknaben.

Von hinten.

stande gekommen. Die Initianten rechneten aber wegen den aktuellen Ereignissen in Ungarn nicht mit der Annahme der Volksabstimmung. Tatsächlich zeigten die verschiedenen und zum Teil sehr heftigen Reaktionen der Bevölkerung, dass die Initiative zu diesem Zeitpunkt chancenlos war. Die Initiative wurde kurz nach dem Ungarnaufstand zurückgezogen.

Vom Standpunkt der GLV ist es interessant, wie die Sowjetunion und der Kommunismus dargestellt wurden. So steht beispielsweise, dass Moskau mit «satanischer Tücke und Brutalität» den Ungarn-Aufstand unterdrückt habe. An anderer Stelle wurde dazu aufgerufen, die Ungarn-Hilfe zu unterstützen und so Erbitterung und Abscheu gegenüber «der satanischen Sowjetmacht in Ungarn» zum Ausdruck zu bringen.

Auch andere Zeitungen stellten die Sowjetunion und ihre Machthaber als Teufel, Monster oder diabolische Wesen dar. An die Ungarnkrise wurde im Zusammenhang mit der Berlinkrise 1961 wieder erinnert. Auf dem Titelblatt stand: «Gestern Ungarn – heute Berlin – morgen?» Damit nahm der Titel den Zeitgeist auf: Immer wieder schlug das Sowjetregime Aufstände nieder. Welches Land würde als nächstes unterdrückt werden? Oder würde sogar die «Rote Welle» auf West-Europa überschwappen?

Ein Konflikt mit den Ost-Staaten hätte mit grosser Wahrscheinlichkeit den totalen Krieg zur Folge gehabt. Der Zivilschutz sollte deshalb ausgebaut werden. Behörden und Militär erachteten diesen Ausbau als elementar für die Gesamtverteidigung. Zwei frühere Vorlagen waren aus verschiedenen Gründen vom Souverän abgelehnt worden. 1959 kam ein Zivilschutz-Referendum vors Volk. Mit der Änderung sollte der Zivilschutz in der Verfassung verankert werden.

Zivilschutz ausbauen

Der SCHWEIZER SOLDAT vertrat ebenfalls den Standpunkt, dass der Ausbau des Zivilschutzes dringend nötig sei.

Gerade in einem modernen Krieg werde die Bevölkerung von Leid und Zerstörung nicht verschont, erst recht nicht in einem Atomkrieg. Jedoch hätten Personen, die sich in einem Schutzraum befänden, auch bei der Explosion einer Atombombe gute Überlebenschancen. Die Mithilfe der Frauen im Zivilschutz sei nötig. Die Regierung konnte die Stimmbürger von ihren Argumenten überzeugen, die Vorlage wurde mit 62 Prozent JA-Stimmen angenommen.

Das Thema Kernwaffen war in diesen Jahren sehr aktuell. Während den Fünfzigerjahren war der taktische Atomwaffen-Einsatz auf dem Gefechtsfeld keine rein theoretische Angelegenheit. Es ging nicht nur darum, den Gegner durch die Drohung eines grossen Gegenschlages vom Angreifen abzuhalten, sondern auch auf dem Gefechtsfeld sollten kleinere Atomwaffen eingesetzt werden.

Die Diskussion über eine geeignete Truppenordnung und die Beschaffung von Kernwaffen für die Schweizer Armee begann. Einige hohe Militärs hielten die Ausrüstung der Schweizer Armee mit solchen Waffen für unerlässlich. Der Bundesrat folgte diesem Ansinnen, als er am 11. Juli 1958 eine eigene Nuklearbewaffnung deutlich befürwortete.

Atominitiative II

Wenig später, im Juni desselben Jahres reichte die SPS die Atominitiative II ein. Diese verlangte eine obligatorische Volksabstimmung, wenn die Schweizer Armee mit Atomwaffen irgendwelcher Art ausgerüstet werden sollte. In der Ausgabe vom 31. März 1962 widmete der Redaktor des SCHWEIZER SOLDAT die Frontseite der Atom-Initiative. Das Deckblatt zeigte einen mit grimmiger Miene vorrückenden Soldaten. Darunter stand, dass man dem kämpfenden Infanteristen die Möglichkeit offen halten müsse, die schlagkräftigste Waffe zu erhalten und der Stimmbürger solle deshalb Nein stimmen.

Die Atominitiative I wurde im April 1962 mit 537 138 gegen 286 895 Stimmen verworfen. Das Kampfflugzeug Mirage eignete sich auch als Kernwaffenträger, was dem Wunsch einiger hoher Militärs entsprach. Wenig später, am 8. Juni, genehmigte der Nationalrat den Lizenzbau von 100 Mirage Düsenjägern. Auch die Vorlage der SPS wurde vom Stimmvolk am 25. Mai 1963 mit 450 488 zu 273 355 Stimmen abgelehnt.

Im Oktober des Vorjahres hatte der Kalte Krieg mit der Kuba-Krise einen Höhepunkt erreicht, die Welt schlitterte knapp an einer Katastrophe vorbei. Dank gegenseitiger Absprachen konnte die Lage im letzten Moment entschärft werden. Beiden Supermächten war aber klar, dass sie eine solche Krise nicht mehr riskieren konnten – eine Phase der Entspannung in der gegenseitigen Beziehung setzte ein.

Auch in der Schweiz wurde die Bedrohung des Kommunismus als weniger stark empfunden. So unterzeichnete der Bundesrat 1969 den Atomsperrvertrag. Die Medien und auch die Bevölkerung zeigten sich zunehmend kritischer gegenüber der GLV und den Bemühungen der Behörden. Wirklich beendet war die Debatte aber erst mit dem Zusammenbruch des Ostblocks.

Der Zivilschutz, eine unerläßliche Ergänzung unserer totalen Landesverteidigung, sichert im Krieg der Fern- und Atomwaffen das Weiterleben der Nation. Er gibt dem Kämpfer an der militärischen Abwehrfront die Gewißheit, daß für seine Lieben zu Hause gesorgt ist. Der Zivilschutzartikel, der am 2./3. März dem Schweizervolk zur Abstimmung unterbreitet wird, verankert den Zivilschutz in der Bundesverfassung. Die Abstimmung muß zu einem wuchtigen Bekenntnis des Schweizervolkes zur totalen Abwehrbereitschaft werden. Zivilschutzartikel «Ja»!

Pro Zivilschutz.

So mußten die Werktätigen, Frauen, Männer und Jugendliche, am 15. Januar 1956 in Ostberlin für die Schaffung einer Volksarmee demonstrieren. Ihre «Begeisterung» für diese Armee ist deutlich aus den Gesichtern zu lesen.

Blick nach Ostberlin.